

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/59

25. Mai 1976

Chance und Aufgabe für den Bundestag

Plädoyer für ein "Gesetz über internationale Entwicklungszusammenarbeit"

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Die Scharfmacher drückten Kohl an die Wand

Der Unions-Kanzlerkandidat gibt auf dem eigenen Wahlkongreß nur eine blasse Vorstellung

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Die Post ist aus den roten Zahlen

Anschaulicher Beweis: Auch öffentliche Unternehmen sind leistungsfähig

Von Günther Wuttke MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen

Seite 5 und 6 / 76 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckerl

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 00 56 646 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Chance und Aufgabe für den Bundestag

Plädoyer für ein "Gesetz über internationale Entwicklungszusammenarbeit"

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Wenn die Parlamentarier in der nächsten Legislaturperiode der deutschen Entwicklungspolitik international erkennbar neue Impulse geben wollen, dann müssen sie eine neue Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen allen Fraktionen dieses Hauses und der Bundesregierung herstellen.

Frägt man nach dem Fazit der letzten vier Jahre, dann müssen wir uns - bei allem Stolz auf die Leistungen der Bundesregierung - an die eigene Brust klopfen und zugeben, daß vom deutschen Parlament nicht genug zur internationalen Entwicklungspolitik geleistet worden ist. Die Bundesregierung kann nicht für eine mittelfristige Finanzplanung getadelt werden, wenn die Mehrheit dieses Hauses - quer durch die Parteien hinweg - keine andere Ausgabenpolitik akzeptiert.

Wie kann der Bundestag international klar machen, daß die Bundesrepublik Deutschland als eine der reichsten Nationen der Welt, die alle Krisensituationen der letzten Jahre gemastert hat, bereit ist, Vorbild auch für die Hoffnungen der Dritten Welt zu werden? Herbert Wehner hat am 28. November letzten Jahres im Bundestag erklärt: "Entwicklungspolitik ist eines der wichtigsten Gebiete der internationalen Politik." Er hat denn einige Bemerkungen zu der Art und Weise gemacht, wie dieses gewichtige Thema bislang vom Deutschen Bundestag behandelt worden ist; Bemerkungen die allen, die davon betroffen waren, schmerzhaft in den Ohren klangen, dabei aber doch ermutigen sollten, die Aufforderung sein wollten, einen für dieses Haus und für unser Volk unbefriedigenden Zustand zu beenden.

Deshalb müssen wir auch den Mut und die Kraft haben, die parlamentarischen Mitbeteiligungs- und Mitverantwortungsinstrumente voll auszu-schöpfen. Ein Blick über die deutschen Grenzen zeigt, daß andere Parlamente ihre Verantwortung für Entwicklungspolitik ernster nehmen, als wir es in

den vergangenen Jahren getan haben. Der Deutsche Bundestag muß sich ähnliche Initiativen überlegen, die in anderen Ländern dazu beigetragen haben, der Entwicklungspolitik einen höheren Stellenwert zu sichern.

Nachdem die Bundesregierung bereits 1971 eine entwicklungspolitische Konzeption vorgelegt hat, nachdem diese Konzeption in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben worden ist, nachdem auch durch die Gymnich'schen Thesen die entwicklungspolitischen Ziele der Bundesregierung hinlänglich bekannt sind, muß sich der nächste Bundestag zu Beginn seiner Legislaturperiode überlegen, ob das Parlament seine vornehmste und wirkungsvollste Aufgabe wahrnimmt und die Grundlagen unserer Entwicklungspolitik durch ein Gesetz bestätigt.

Das "Gesetz über internationale Entwicklungszusammenarbeit" sollte die Ziele und den Inhalt unserer Entwicklungspolitik sowie die bei ihrer Durchführung geltenden Prinzipien festlegen. Dieses Gesetz kann auch eindeutig definieren, welche parlamentarische Beteiligung nötig ist, um die Tätigkeit von Bundesregierung und Verwaltung innerhalb eines vorgegebenen Rahmens zu verfolgen und zu kontrollieren. Dieses Gesetz muß ebenfalls die finanzielle Leistungsbereitschaft bekunden. Erinnerung sei an das Memorandum der Kirchen "Soziale Gerechtigkeit und internationale Weltwirtschaftsordnung", in dem diese den Bundestag auffordern, "einen verbindlichen Stufenplan für die Erreichung des 0,7 Prozent-Zieles zu verabschieden".

Schließlich würde ein Gesetz dem Deutschen Bundestag Gelegenheit geben - und dieses scheint mir als Parlamentarier Grund genug, um einen solchen Vorstoß zu unternehmen -, die Solidarität zu bekräftigen, auf die sich unser Land gegenüber den Ländern der Dritten Welt beruft und die in der heutigen Welt notwendige Voraussetzung für die Wahrung der eigenen Interessen ist.

Was für die Entwicklungsländer gut ist, ist auch für die Bundesrepublik Deutschland gut. (-/25.5.1976/mie/pr)

+ + +

Die Scharfmacher drückten Kohl an die Wand

Der Unions-Kanzlerkandidat gibt auf dem eigenen Wahlkongreß nur eine blasse Vorstellung

Armer Helmut Kohl. Er war nach Hannover zum CDU-Wahlparteitag gekommen, um sich von den über 800 Delegierten feiern und bejubeln zu lassen, doch die Woge der Begeisterung für den Kanzlerkandidaten Kohl blieb aus. Die Scharfmacher der Union, Franz Josef Strauß und Karl Carstens, haben ihm die Schau gestohlen.

In Hannover präsentierte sich ein Mann, der zwar gerne Kanzler werden möchte, aber durch seine Farblosigkeit selbst die eigenen Fans nicht überzeugen konnte. Er versprach, alles besser zu machen, ohne jedoch zu sagen, was er anders machen will. Alternativlosigkeit war Trumpf. Das Ziel, die eigene Partei für die Bundestagswahl zu motivieren, wurde nicht erfüllt.

So war denn auch der Beifall für Kohl lediglich demonstrativ. Man machte seine Pflichtübung, die allerdings wenig überzeugend wirkte. Von Faszination war nichts zu spüren: Mit seinen Plattheiten und Unverbindlichkeiten, mit grobschlächtigen Angriffen auf die SPD, die sozialliberale Koalition und Bundeskanzler Helmut Schmidt,

mit unhaltbaren Unterstellungen und Schreckenbildern gelang es dem Mann aus Mainz nicht, einen Funken zu zünden, der möglicherweise auf die Anhänger hätte überspringen können. Hier wurde Langeweile produziert.

Ganz anders die Herren Carstens und Strauß. In altbewährter Manier zogen sie ihre Horrorshow ab und gaben damit unmißverständlich zu verstehen, daß sie von der "weichen Welle" des Kanzlerkandidaten nicht allzuviel hielten. Da muß man schon ans Eingemachte gehen, auf Taufel-komm-heraus auf den Gegner einschlagen, um Unionisten begeistern zu können.

Scheinheilig sprach der große Vorsitzende aus Bayern zwar von "meinem lieben Freund Helmut Kohl", haute dann aber gleich - wenn auch versteckt - auf ihn ein. Da mokierte er sich über die unsinnige unionsinterne Auseinandersetzung, ob die Diffamierungsparole nun "Freiheit oder Sozialismus" oder aber "Freiheit statt Sozialismus" heißen soll, da lobte er wiederholt seinen getreuen Mitstreiter aus Baden-Württemberg, Dr. Hans Filbinger, und fand auch Worte des Dankes für den CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, der nun endlich die "intellektuelle Begründung" für die Tiefschlag-Parole nachgeliefert hat, doch Lobes- oder Dankeeworte für Kohl blieben aus.

Trotz aller Anstrengungen des Generalsekretärs, den ideologischen Überbau zu liefern, scheint das Unbehagen in den Unionsreihen über die "Freiheit statt Sozialismus"-Auseinandersetzung größer zu werden. Man möchte diesen Klotz am Bein wieder loswerden, weiß bloß noch nicht wie. Die Union scheint mittlerweile zu begreifen, daß sie mit haltlosen Unterstellungen und dem Aufbauen von Schreckgespenstern nur den harten Kern ihrer Stammwähler für den Unions-Kanzlerkandidaten gewinnen kann. Doch das reicht für einen Wahlsieg noch lange nicht. So läßt sich auch die Resignation erklären, die sich in der Stadthalle von Hannover breitgemacht hat.

Code Japs

(-/25.5.1976/bgy/pr)

+ + +

Die Post ist aus den roten Zahlen

Anschaulicher Beweis: Auch öffentliche Unternehmen sind leistungsfähig

Von Günther Wuttke MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen

Die jahrelangen, unerblassigen Bemühungen der Unternehmensleitung der Deutschen Bundespost, alle sinnvollen Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen und überat sparsamer Wirtschaften auf allen Ebenen, haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der Voranschlag 1976 der Deutschen Bundespost ebenso wie bereits die Erfolgsrechnung 1975 mit einem Gewinn abschließen.

So wurde die Arbeitszeitverkürzung zum 10. Oktober 1974 trotz eines rechnerischen Mehrbedarfs von 23.000 Kräften ohne Personalvermehrung angefangen. Auch wird in diesem Jahr der Personalbestand um rd. 7.000 Kräfte vermindert werden. Insbesondere das große Verständnis auf der Seite des betroffenen Personals und die aktive Mitarbeit sichern die volle positive Wirkung der Rationalisierung. Trotz des bei der Deutschen Bundespost vorbildlichen Rationalisierungsschutzes haben die Rationalisierungsmaßnahmen sehr häufig spürbare persönliche Folgen. Trotz der Angriffe der Vertreter der CDU/CSU - die nur zu deutlich die Haltung der CDU in Arbeitnehmerfragen charakterisieren - hat die Bundesregierung in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit allen bei der Deutschen Bundespost vertretenen Gewerkschaften die Voraussetzungen für diesen Rationalisierungsschutz geschaffen.

Der Erfolg liegt auf der Hand, unachwer ist zu errechnen, daß ohne die personalwirtschaftlichen Maßnahmen die Deutsche Bundespost sich bereits dieses Jahr wieder in der Verlustzone befände. Unverständlicherweise wurden sogar personalsparende Maßnahmen Ziel öffentlicher Kritik, obwohl die Auflösung von vier Oberpostdirektionen mit einem Einsparungseffekt von rd. 300 Arbeitsposten, das bedeutet die Ersparnis von 160 Millionen DM in den ersten 15 Jahren, verbunden ist und der Kundenservice überhaupt nicht berührt wird. Auch beim Aufbau eines neuen Personalbemessungssystems - einem bei der Vielfalt der bei der Deutschen Bundespost vom Fernmeldehandwerker über den Omnibusfahrer bis zur Postscheckangestellten wahrzunehmenden Aufgaben in Qualität und Quantität überat komplizierten Unterfangen - hat die Deutsche Bundespost niemals ihre sozialen Verpflichtungen vernachlässigt.

Das beweist sie mit ihrem Beitrag zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit. Ohne einen Bedarf an Nachwuchskräften im Fernmeldehandwerk zu haben, stellte die Deutsche Bundespost schon 1975 1.800 Auszubildende ein. Die selbe Anzahl wird 1976 eingestellt werden, obwohl sich diese Maßnahme unternehmenspolitisch als finanzielle Belastung darstellt. Durch die Ver-

gebe nicht ausgenutzter AusbildungsKapazitäten an andere Ausbildungsträger konnten mit Hilfe der Deutschen Bundespost für weitere Lehrlinge Ausbildungsplätze bereitgestellt werden.

Auch die Entwicklung der Ertragsseite der Deutschen Bundespost hat einen erheblichen Anteil an der Gewinnerzielung. Die Erträge haben sich besser entwickelt als ursprünglich angenommen wurde. Selbstverständlich hat die Gebührenerhöhung von 1974 dazu beigetragen, daß die Bundespost seit 1975 wieder schwarze Zahlen schreiben kann.

Die verbesserte wirtschaftliche Lage wirkt sich naturgemäß auch auf die Finanzierung des Kapitalbedarfs aus. Die Jahre 1969 bis 1974 waren geprägt von außerordentlich hohen Investitionen, hohen Wachstumsraten bei den Aufwendungen und großen Verlusten. Der Fremdmittelbedarf war entsprechend hoch, er betrug durchschnittlich rd. 6 Milliarden DM im Jahr. Die hohen Investitionen waren eine Folge der 1969 übernommenen ellenlangen Warteliste mit Antragstellern, die ungeduldig auf ein Telefon warteten. Die Fernleitungen waren überlastet, jeder hat die ärgerlichen Erfahrungen mit besetzten Leitungen gemacht. Mit enormem Einsatz von Kapital und Personal ist es der Deutschen Bundespost gelungen, die Warteliste fast völlig abzubauen und die Engpässe im Fernsprechnetz zu beseitigen.

1976 wird die Deutsche Bundespost nur rd. 4 Milliarden DM an Fremdmitteln aufnehmen müssen. Bei Berücksichtigung der 1976 erfolgten Schuldentilgung wird das Schuldanvolumen in diesem Jahr nicht weiter erhöht. Die geringere Fremdfinanzierung und die höhere Eigenfinanzierung verbessern die Kapitalstruktur. Nachdem diese Bundesregierung seit 1975 der Deutschen Bundespost die gesamte Ablieferung zur Erhöhung des Eigenkapitals beläßt - entsprechende Forderungen haben andere Postminister vor 1969 auch bereits, wenn auch mit weniger Erfolg, erhoben - und dank des erwirtschafteten Gewinns wird der Eigenkapitalanteil der Deutschen Bundespost bis Ende 1976 auf rd. 23 v. H. angewachsen, während er 1974 noch bei rd. 15 v. H. lag.

Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, die unseren Bürgern entgegen den gegenwärtig vorherrschenden und von bestimmter Seite sorgsam gepflegten Denkklišees klarmachen, daß öffentliche Unternehmen nicht gewissermaßen systembedingt Defizite erwirtschaften müssen, sondern trotz der ihnen auferlegten Verpflichtung zur Wahrung gemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte eindeutig Beweise ihrer Leistungsfähigkeit liefern können.

Die sozial-liberale Bundesregierung hat sich nach sehr kritischen Jahren nunmehr die dringend notwendige Atempause verschafft, um ohne unmittelbaren finanziellen Druck durch wohlüberlegte und abgewogene Entscheidungen langfristig eine dauerhafte Tendenzwende bei der Deutschen Bundespost herbeiführen zu können. (-/25.5.1976/mie/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller